

Die Schwierigkeiten des Brotfriedens.

Aus der Verhandlung des Ernährungsrates.

Dem Arbeitsausschuß des Ernährungsrates wurde über die Organisationen berichtet, die für den Import der Lebensmittel aus der Ukraine geschaffen wurden. Dabei wurden namentlich durch die Anfragen, die die Mitglieder an die Regierungsvertreter gerichtet haben, alle Schwierigkeiten sichtbar, die sich der Einfuhr und vor allem der Ausfuhr und dem Einkauf in der Ukraine entgegenstellen. Es muß vor allem festgestellt werden, daß es sowohl Getreide wie andere Lebensmittel in reicher Fülle gibt. Es war und ist kein Mangel,

die Vorräte sind da, vor allem Zucker, Getreide, Eier, Gemüse und Hülsenfrüchte. Aber alle Vorräte sind bei den Bauern verstreut und die Bauern haben ebenso eine Kriegskontingur hinter sich wie unsere heimischen Landwirte. Sie haben an den russischen Armeen, die sie fast vier Jahre versorgt haben, sehr viel verdient. Die Bauern sollen dort das Geld nicht mehr zählen, sondern wägen. Geld spielt bei ihnen gar keine Rolle und löst sie nicht. Dazu kommt, daß es, trotzdem in Petersburg täglich 120 Millionen Rubel gedruckt werden, in allen russischen Werten an Papiergeld dennoch überall fehlt. Die Bauern geben das Geld, das sie täglich einnehmen, nicht aus. Sie haben es früher ausgegeben, indem sie Steuer gezahlt und Schnaps eingekauft haben; jetzt bezahlen sie keine Steuer, kaufen wegen des Schnapsverbotes keinen Schnaps, sondern brennen ihn selbst. Das Geld verfliehet in den vielen kleinstädtischen Wirtschaften. Die Bauern wissen aber auch nicht, welches Geld sie nehmen sollen. Während ein Teil nur russische Zaren-Rubel nimmt, nimmt der andere nur Kerenski-Rubel, der dritte nimmt Mark oder Kronen. Die Beschaffung der Zahlungsmittel ist heute die größte Schwierigkeit, die sich dem Einkauf entgegenstellt. Nun geben alle Einsichtigen, auch die österreichische Militärverwaltung, zu, daß man in dem Lande nicht requirieren kann, sondern nur einkaufen. Requirieren kann man nicht, weil man dann nur erreichen würde, daß die Waren noch weiter versteckt und weiter verzettelt würden. Auch jetzt wird von den militärischen Stellen nur eingekauft. Requiriert wird nicht und kann nicht werden, schon weil die Bauern bewaffnet sind und man eine Zeit Maschinengewehre wie Lebensmittel kaufen konnte.

Zur Schwierigkeit der Beschaffung gesellt sich die Schwierigkeit des Transports. Man hat wohl Bahnen und Fahrbetriebsmittel, aber keine Verpackung. Man muß Fässer, Eierkisten, Holzwohle z., alles, was man zur ordnungsgemäßen Verpackung braucht, hinsenden, sonst kommen die Waren in der fürchterlichsten Verfassung und vollständig ungenügend versorgt in verdorbenem Zustand hier an.

Nun hat wohl die frühere ukrainische Regierung ein zentrales Ausbringungsbüro geschaffen, dem die landwirtschaftlichen Börsen, Genossenschaften, Kooperativen und Mühlen-gesellschaften angehören und das alle Waren übernehmen und den österreichischen und deutschen Gesellschaften, die den Export leiten, übergeben soll. Aber bei der vollständigen Desorganisation des Landes hat keine zentrale Körperschaft Einfluß und keine Macht kann die Bauern bewegen, den Verkauf vorzunehmen, außer sie verkaufen freiwillig.

Die weitere Schwierigkeit ist der Preis. Die Teuerung im Osten ist viel entsetzlicher und unerträglicher als in Oesterreich. Man verkauft zu den höchsten inländischen Schleichhandelspreisen, was man bekommt und verkaufen kann. Jede Verhandlung zwischen den Regierungsstellen scheitert immer wieder an der Preisfrage. Für den Zentner Zucker werden 600 Kronen gefordert, so daß ein Kilogramm hier auf 8 Kronen läme. Jede Verhandlung findet ihre Schwierigkeit darin, daß immer erklärt wird, wenn wir die Preise nicht zahlen, so verkaufen sie die Waren nach Ausland und dort erhalten sie jeden Preis.

Diese Schwierigkeiten können nur beseitigt werden, wenn wir imstande sein werden, so viele Ausfuhrartikel aufzubringen, daß wir die Bauern veranlassen, ihre Lebensmittel gegen die Waren zu tauschen, die sie begehren. Hieher gehören vor allem Wolle, Kleider, landwirtschaftliche Maschinen z. Man versucht nun bei den Landwirten in Oesterreich die Maschinen aufzubringen, die sie nicht mehr brauchen, um sie ausführen zu können; man sucht nach Waren, die noch entbehrlich sind, und hofft vor allem, daß durch die Urtarreform die Bauern gezwungen werden, das Land zu bezahlen, das sie dem Großgrundbesitzer enteignet haben, damit Geld flüssig wird und wir leichter imstande sind, die Zahlungsmittel aufzubringen, die wir dringend brauchen, wenn die gefüllten Speisefammern nicht unerreichbar bleiben sollen.

Zu den Schwierigkeiten der Einfuhr kommt noch die innere organisatorische Schwierigkeit unseres Ernährungsamtes. Die Befürchtung, die unsere Vertreter sofort erfüllt hat, als die Uebernahme des Amtes durch einen Präsidenten, der dem Ministerpräsidenten unterstellt wird, bekannt wurde, hat sich nach jeder Richtung hin verwirklicht. Hofrat Paul hat gewiß Fähigkeiten und den ernstlichen Willen, aber er kann nicht allein leiten, kann nicht ohne die letzte Entscheidung des Ministerpräsidenten handeln und wird einfach gezwungen, den größten Teil seiner Zeit damit zu verbringen, daß er auf die Audienzen beim Ministerpräsidenten wartet und seine Entscheidungen einholt. Das Amt selbst wird dadurch zu immer größerer Untätigkeit verurteilt und kann nicht weniger organisatorisch leisten, als es früher der Fall gewesen ist. Die fertiggestellten Verordnungen müssen warten, bis sich der Ministerpräsident entschlossen hat, seine Zustimmung zu geben. Der Herr v. Seidler weiß aber noch immer nicht, ob er für den freien Handel ist oder nicht. Er schwankt wie in der Politik auch im Ernährungsdienst zwischen Extremen. Heute für die nationalen Forderungen der Deutschen, morgen für den internationalen Burgfrieden; heute für die staatliche Bewirtschaftung, morgen für die Freiheit des Handels, heute Blafel und morgen straffe Bewirtschaftung. Wahrlich, die Umgestaltung des Ernährungsamtes zu einem Nebenamt des Ministerpräsidenten und die Degradierung seines Leiters haben unseren Ernährungs-schwierigkeiten noch gefehlt! Solche Unfähigkeit ist selbst für Oesterreich, das Land der Unfähigkeiten, zu viel, das muß zur Katastrophe führen.

Die Agrarier, die den freien Handel für die Heu- und Strohlieferungen verlangt haben, sind damit im Ernährungsrat unterlegen. Die Frage der Erhöhung der Getreidepreise wurde vertagt weil die bürgerlichen Konsumentenvertreter beschlossen haben, sie können eine Erhöhung nur bewilligen, wenn sie die Garantie einer straffen staatlichen Bewirtschaftung erhalten. Wenn dem Ernährungsrat diese Gewähr nicht geboten wird, lehnen sie jede Erhöhung ab. Damit wird den Agrariern die Pflicht auferlegt, für die Erhöhung der Getreidepreise eine restlose Ablieferung der geernteten Mengen zu gewährleisten.

Ob die Landwirte das können, bei dem geringen Einfluß, den sie auf die Mitglieder ihrer Organisationen haben — es macht doch jeder Bauer, was er will —, das ist eine andere Frage.